

# Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E1\_14/2

---

1 **Antragsteller\*in:** Bundesvorstand

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 4 5 **E1\_14/2 Incoming - Hindernisse überwinden,** 6 **international studieren!**

7  
8 Unsere Beschlusslagen zu uni-assist, Geflüchteten oder Internationalisierung der Hochschulen  
9 sind Ausdruck unseres internationalistischen Verständnisses. Gleichzeitig existieren auch weiter-  
10 hin in vielen Lebens- und Studienbereichen Hindernisse für internationale Studierende, die wir  
11 bekämpfen müssen und wollen! Eines von vielen Beispielen für die Aktualität dieses Kampfes  
12 zeigt die immer wiederkehrende Forderung nach Gebühren für internationale Studierende.

### 13 14 **Internationale Studierende in der Bundesrepublik Deutschland**

15 Insgesamt gibt es derzeit fast 300.000 internationale Studierende an den Hochschulen der Bun-  
16 desrepublik. Dies entspricht einer Quote von knapp über 11 Prozent. Dieser Wert hat sich zwar  
17 im Vergleich zu Anfang der 1990er-Jahre fast verdoppelt, stagniert aber auch seit fast 15 Jahren  
18 auf diesem Niveau. Mehr als die Hälfte der internationalen Studierenden kommen aus Europa.  
19 Aus Asien kommt fast ein Drittel, Afrika (ca. 8 Prozent) und Amerika (ca. 6 Prozent) sind am we-  
20 nigsten vertreten. Knapp ein Fünftel kommt aus einem sogenannten Entwicklungsland, jeweils 40  
21 Prozent aus sogenannten Industrie- und Schwellenländern. Die Verteilung von Männern und Frau-  
22 en unter den internationalen Studierenden ist fast identisch, jedoch in den Herkunftsgebieten  
23 extrem unterschiedlich: Der Anteil der weiblichen internationalen Studierenden beträgt aus Eu-  
24 ropa 60 Prozent, aus Amerika 50 Prozent, aus Asien 40 Prozent und aus Afrika 30 Prozent.

### 25 26 **Internationale Studierende sind keine Ware!**

27 Im Ziel sind wir uns mit der Bundesregierung einig: Hochschulen sollen offen sein für internatio-  
28 nale Studierende. Auch Bund und Länder einigten sich im Jahr 2013 auf die „Strategie der Wis-  
29 senschaftsminister/-innen für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland“. Darin  
30 als Ziel enthalten war die weitere Steigerung der Studierendenmobilität nach Deutschland.

31  
32 Doch unsere und die Begründung der Regierung für die Offenheit für internationale Studierende  
33 sind grundverschieden: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung sieht internationale  
34 Studierende vor allem als finanziellen „Gewinn für Deutschland“. Sie würden sich für Deutsch-

35 land auch volkswirtschaftlich „auszahlen“. Im Jahr 2011 hätten „die aus dem Ausland kommen-  
36 den Studierenden“ in Deutschland Konsumausgaben von 1,531 Milliarden Euro getätigt. Diese  
37 führten zu Steuereinnahmen in Höhe von 400 Millionen Euro, was 2.500 Euro pro Studierendem\*r  
38 entspreche. Außerdem rechnen sie vor, dass auch nach dem Studium positive volkswirtschaftli-  
39 che Effekte festzustellen seien, deutlich höher als die während des Studiums ausgelösten Kosten.  
40 Diese würden sich für die öffentliche Hand bereits amortisieren, wenn 30 Prozent der Absol-  
41 vent\*innen wenigstens fünf Jahre in Deutschland arbeiteten.

42

43 Diese ökonomische Betrachtungsweise lehnen wir ab. Für uns sind internationale Studierende  
44 keine „Kostenfaktoren“, die sich „amortisieren“ müssen. Für uns sind sie Menschen, die das Men-  
45 schenrecht auf Bildung wahrnehmen. Aus unserem internationalistischen Verständnis heraus set-  
46 zen wir uns für die Verbesserung - manchmal sogar erst die Ermöglichung - von Mobilität nach  
47 Deutschland ein. Wir sind für Hochschulen, die allen offen stehen. Diese Offenheit gilt nicht nur  
48 für Menschen aus bestimmten Staaten!

49

#### 50 **Von der Einreise bis zum Verbleib: Hindernisse für Internationale Studierende**

51 Internationale Studierende müssen viele Hindernisse überwinden. Zwar sind Studierende aus der  
52 Europäischen Union sowie einigen wenigen weiteren Staaten deutschen Staatsbürger\*innen zu-  
53 mindest in vielen Fragen wie Studienfinanzierung und Hochschulzugang gleichgestellt, dies gilt  
54 jedoch nicht für Studierende aus Drittstaaten. Gerade institutionalisierte Austauschprogramme  
55 können Barrieren abbauen, deshalb wollen wir in Ländern, aus denen derzeit nur wenige Studie-  
56 rende einen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik machen (können), eine Ausweitung solcher  
57 Programme. Für uns ist klar: Bildung ist ein Menschenrecht! Wir fordern offene Hochschulen und  
58 eine offene Gesellschaft. Daher setzen wir uns für die Überwindung bestehender Hindernisse ein!

59

60 Ein bestehendes Hindernis für internationale Studierende stellen die oftmals gegenläufigen Se-  
61 mesterzeiten dar. Daher fordern wir eine Anpassung der terminlichen Strukturen der Semester.  
62 Nur wenn die Semester zeitlich aufeinander abgestimmt sind, können Studierende selbstbe-  
63 stimmt im Ausland studieren.

64

65 Internationale Studierende haben vor allem Schwierigkeiten bei der Orientierung im Studiensys-  
66 tem und mit der Studienfinanzierung - dies wird bei Umfragen von knapp 40 Prozent angegeben.  
67 37 Prozent geben als große Schwierigkeit auch den Kontakt mit deutschen Studierenden an. Etwa  
68 30 Prozent haben Probleme mit der deutschen Sprache. Ein Viertel sieht Probleme bei der Lei-  
69 stungsanforderung im Studium.

70

#### 71 **Den Start für internationale Studierende erleichtern!**

72 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Das stellt insbesondere internationale Studierende vor große  
73 Herausforderungen: Finanzielle Ressourcen sind oftmals begrenzt und aus der Ferne eine Woh-

74 nung oder WG zu finden stellt sich viel zu oft schwierig bis unmöglich dar. Deshalb sind hier be-  
75 sonders die Studierendenwerke gefragt. 41 Prozent der internationalen Studierenden leben im  
76 Wohnheim. Studierende in Austausch- und Kooperationsprogrammen bekommen oftmals ein  
77 Zimmer in einem Studierendenwohnheim garantiert. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Garan-  
78 tie auf einen Wohnheimplatz - mindestens für die Anfangszeit von 12 Monaten - für alle interna-  
79 tionalen Studierenden gilt! Die Hochschulen und insbesondere die Studierendenwerke müssen  
80 sicherstellen, dass internationale Studierende vor ihrer Ankunft bezüglich ihrer Wohnungsfindung  
81 ausreichend informiert und beraten werden. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass dieses in meh-  
82 reren Sprachen angeboten werden muss. Hierbei muss insbesondere darauf geachtet werden,  
83 dass keine exkludierenden Wohnheime lediglich für internationale Studierende entstehen, in  
84 denen diese nur unter sich bleiben. Es ist als unsere Aufgabe anzusehen, eine Atmosphäre zu  
85 schaffen, in der internationale Studierende in allen Lebensbereichen eingebunden werden. Daher  
86 fordern wir, dass sich heterogene Hochschulen auch in heterogenen Milieus auf dem Wohnungs-  
87 markt widerspiegeln. Um den entsprechenden zusätzlichen Bedarf zu decken, müssen zusätzliche  
88 Wohnheimplätze geschaffen und die Qualität der bereits bestehenden sicher gestellt werden. Für  
89 die bundesweite Zusammenarbeit von Studierendenwerken soll gelten: Gut laufende Programm  
90 kopieren, schlecht laufende Programme evaluieren.

91

92 Zudem müssen ggf. bestehende Sprachschwierigkeiten angegangen werden. Dies bedeutet keinen  
93 Zwang, sondern die Eröffnung von Optionen, wo sie nachgefragt und sinnvoll sind. Bisher beste-  
94 hen nur unzureichende Möglichkeiten des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse. Studierende wer-  
95 den oft an kostenpflichtige, private Institutionen verwiesen, da viele Hochschulen selbst keine  
96 Kurse anbieten. Das muss sich ändern: Wir setzen uns daher für kostenlose Sprachkurse an den  
97 Hochschulen ein. Ein weiteres Element ist die Initiierung von Tandemprogrammen an den Hoch-  
98 schulen. Solche Programme ermöglichen auch einfachen Austausch und einfaches Kennenlernen.  
99 Eine besondere Hürde stellt das „akademische Deutsch“ dar. Ebenso soll das Angebot zusätzli-  
100 cher englischsprachiger Kurse weiter ausgebaut werden. Außerdem sind internationale Studie-  
101 rende in der Regel in einer anderen Bildungs-/Wissenschaftslandschaft sozialisiert. Fördern wol-  
102 len wir entsprechende Kurse zu Semesterbeginn, die einen Überblick über wissenschaftliches  
103 Arbeiten, den Aufbau des Studiums, etc. an deutschen Hochschulen geben.

104

### 105 **Alltagsrassismus bekämpfen!**

106 Rassismus findet sich in der gesamten Gesellschaft. Internationale Studierende machen daher  
107 sowohl innerhalb als auch außerhalb der Hochschulen rassistische Erfahrungen: Sei es in Vorle-  
108 sungen oder beim Ausgehen in Clubs. Dabei äußert sich der Alltagsrassismus vor allem beiläufig  
109 und subtil, eher weniger in körperlichen Übergriffen. Daher wird der Rassismus meistens ver-  
110 harmlost und verleugnet. Für uns ist klar: Alltagsrassismus bekämpfen wir! Es muss daher für alle  
111 Hochschulangehörigen ein breites Angebot an Sensibilisierungsmaßnahmen geben, dennoch sehen  
112 wir auch die gesamte Gesellschaft in der Pflicht.

113

114 Zudem möchten wir aktiv studentische Initiativen unterstützen, welche oftmals die subtilen ras-  
115 sistischen Übergriffe des Alltags erst sichtbar machen und sich gegen den Rassismus im Hoch-  
116 schulbereich stellen.

117

### 118 **Ausreichende Finanzierung des Studiums ermöglichen!**

119 Wir lehnen Studiengebühren ab. Diese soll es für niemanden geben, also auch nicht für internati-  
120 onale Studierende. Bestrebungen eine solche Regelung einzuführen, werden wir entgegentreten.  
121 Bildung muss kostenfrei und für alle zugänglich sein. Unser Einsatz gegen Studiengebühren  
122 schließt deshalb auch den Kampf gegen Bewerbungsgebühren ein. Uni-assist ist dafür ein Bei-  
123 spiel. Immer mehr Hochschulen wollen sich so ihrer staatlichen Pflicht, Hochschulzugangsberrich-  
124 tigungen zu prüfen, entziehen. Dies lehnen wir ab. Auch Bewerbungsgebühren oder sonstige zu-  
125 sätzliche Verwaltungsgebühren für internationale Studierende darf es nicht geben.

126

127 Keine Gebühren ermöglichen aber noch kein finanziertes Studium. Internationale Studierende  
128 verfügen über ca. 725 Euro pro Monat. Damit müssen sie mit deutlich weniger auskommen als  
129 deutsche Studierende, die ca. 850 Euro durchschnittlich zur Verfügung haben. Internationale  
130 Studierende haben regelmäßig auch keinen Anspruch auf BAföG. Sie werden daher dazu gezwun-  
131 gen, nebenher zu arbeiten, falls sie sich nicht durch eigenes Vermögen ihr Studium finanzieren  
132 können. Internationale Studierende werden auf dem Arbeitsmarkt aber stark benachteiligt. Sie  
133 dürfen maximal 120 volle oder 240 halbe Tage im Jahr arbeiten. Wer mehr arbeiten möchte,  
134 benötigt die Zustimmung der Agentur für Arbeit und der Ausländerbehörde. Dabei prüft die Agen-  
135 tur für Arbeit, ob sogenannte „geeignete bevorrechtigte Arbeitslose“ für die angestrebte Arbeit  
136 zur Verfügung stehen. „Bevorrechtigte“ sind in diesem Fall Staatsbürger\*innen aus Deutschland  
137 oder der Europäischen Union. Sich selbstständig machen oder freiberuflich arbeiten dürfen inter-  
138 nationale Studierende überhaupt nicht. Auch Praktika - über verpflichtende Studienpraktika hin-  
139 aus - zählen als reguläre Arbeit. Dies gilt selbst dann, wenn das Praktikum unbezahlt ist. Jeder  
140 Tag im Praktikum wird also vom „120-Tage-Guthaben“ abgezogen. Diese Regelungen lehnen wir  
141 ab! Wir möchten den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt auch für internationale Studierende. Mit  
142 der Immatrikulation muss also auch für internationale Studierende eine unbeschränkte Arbeitser-  
143 laubnis verbunden sein.

144

145 Zudem darf gar nicht erst die Notwendigkeit bestehen einer Arbeit nachgehen zu müssen, um das  
146 Studium hier bezahlen zu können. Deshalb muss mit dem BAföG der Studienfinanzierungsbedarf  
147 jedes\*r Studierenden gedeckt werden. Das BAföG wollen wir also nicht an die Staatsangehörig-  
148 keit koppeln. Es ist die Studienförderung für alle hier lebenden Studierenden.

149

### 150 **Aktive Teilhabe ist mehr als Beratung und Betreuung!**

151 In all diesen Fragen muss internationalen Studierenden die Möglichkeit gegeben sein, Beratung  
152 und Betreuung in Anspruch zu nehmen. Bisher sind internationale Studierende vor allem auf Stu-  
153 dierendenwerke und Studierendenschaften angewiesen. Doch bei der Beratung und Betreuung  
154 sind alle gefordert: Studierendenwerke, Kommunen, Hochschulen und Studierendenschaften. Es  
155 benötigt Ansprechpartner\*innen auf allen Ebenen. An den Hochschulen setzen wir uns auch für  
156 individuelle Mentoringprogramme ein.

157

158 Aber nicht nur Beratung und Betreuung, sondern auch politische Teilhabe ist wichtig! Wer hier  
159 studiert und lebt, soll auch mitentscheiden dürfen. Dies gilt natürlich zuerst für die Hochschulen  
160 selbst. Dort ist das Wahlrecht immerhin nicht an die jeweilige Staatsangehörigkeit gebunden. In  
161 der studentischen Selbstverwaltung setzen wir uns für autonome Vertretungen für internationale  
162 Studierende ein. In der akademischen Selbstverwaltung fordern wir eine\*n Beauftragte\*n für die  
163 Belange internationaler Studierender. Doch für uns ist nicht nur die Teilhabe an der Hochschule,  
164 sondern auch darüber hinaus entscheidend. Wir setzen uns daher für ein Wahlrecht für alle Men-  
165 schen ein, die ihren Wohnsitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben. Alle hier leben-  
166 den Menschen müssen das Menschenrecht auf politische Teilhabe nutzen können. Sie sollen daher  
167 auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene wählen dürfen. Was für die Gesellschaft gilt,  
168 gilt auch für uns: Wir wollen auch die Möglichkeiten der Teilhabe in unserem eigenen Verband  
169 stärken! Es muss unser Anspruch als internationalistischer Verband sein, Studierende aus aller  
170 Welt in unsere Arbeit in den Hochschulgruppen vor Ort einzubinden. Dies fördert den Austausch  
171 von Ideen, Erfahrungen und Visionen in diversen Bereichen. Hierbei muss auf speziellen Informa-  
172 tionsveranstaltungen explizit auf die internationalen Studierenden zugegangen und ihnen Mög-  
173 lichkeiten der Partizipation dargelegt werden. Dies treibt auch die internationale Vernetzung mit  
174 den Hochschulgruppen aus anderen Ländern voran.

175

#### 176 **Der Zugang zum Hochschulstudium und die Zeit danach**

177 Wir haben es mit dem Beschluss zu Geflüchteten und Asylbewerber\*innen schon formuliert: Bil-  
178 dung ist ein Menschenrecht. Daher müssen alle - auch internationale Studierende - einen Hoch-  
179 schulzugang bekommen. Das wird ihnen in der Realität jedoch erschwert. Oft stellt bereits die  
180 Anerkennung erworbener Bildungsabschlüsse ein Problem dar. Daher fordern wir weiterhin die  
181 umfassende Anerkennung von internationalen Abschlüssen. Zudem benötigen sie neben der Im-  
182 matrikulation, einem Visum und dem Nachweis einer Krankenversicherung auch den Nachweis,  
183 ihr Studium finanzieren zu können. Sie sollen versichern, dass sie genügend Unterstützung durch  
184 ihre Familie oder durch andere Finanzierungsquellen haben. Dies geht jedoch an der Realität  
185 vorbei! Studierende werden dazu gedrängt, diese Versicherung zu geben, denn sonst können sie  
186 nicht in Deutschland studieren. Wir fordern daher die Abschaffung des Finanzierungsnachweises!  
187 Den Prozess der sozialen Selektion, den wir auch innerhalb des deutschen Bildungssystems be-  
188 kämpfen, gilt es auch auf internationaler Ebene zu verhindern.

189

190 Während des Studiums müssen internationale Studierende ihre Aufenthaltserlaubnis regelmäßig  
191 verlängern. Dabei wird die Verlängerung vom ordnungsgemäßen Verlauf des Studiums abhängig  
192 gemacht, d.h. davon, ob Prüfungen abgelegt und Scheine erworben werden. Wir fordern die Ab-  
193 schaffung der willkürlich gesetzten Grenze der Aufenthaltserlaubnis von zwei Jahren. Allen Men-  
194 schen, unabhängig von Studienleistungen oder ähnlichem, muss die Einreise und die Wohnsitz-  
195 nahme ermöglicht werden.

196

197 Auch nach dem Abschluss muss es bessere Möglichkeiten für internationale Studierende als bisher  
198 geben. Internationale Studierende können zur Arbeitsplatzsuche eine Verlängerung ihrer Aufent-  
199 haltserlaubnis um maximal 18 Monaten beantragen. Wir fordern stattdessen zunächst einmal eine  
200 automatische Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach dem Abschluss. Außerdem setzen wir  
201 uns für eine Verlängerung der bestehenden Frist von 18 Monaten ein. Gleichzeitig streiten wir für  
202 eine Gesellschaft, in der das Instrument Aufenthaltserlaubnisse abgeschafft werden.